in Italien gegeben.⁷ In anderen Ländern ist der Gleichberechtigungsgrundsatz in der Verfassung uneingeschränkt ausgesprochen worden, die familienrechtlichen Konsequenzen wurden jedoch ausdrücklich nicht oder völlig unzureichend gezogen. In Frankreich und Österreich existiert der Verfassungsgrundsatz seit mehr als 20 Jahren,⁸ das Familienrecht ist aber eindeutig patriarchalisch.⁹ In anderen Ländern wurden aus dem Verfassungsgrundsatz weitergehende familienrechtliche Konsequenzen gezogen. Doch in einer Reihe von Fragen blieb schon im Wortlaut des Gesetzes die untergeordnete Stellung der Frau ausdrücklich aufrechterhalten.¹⁰ Dabei ist interessant, daß es in den entwickelten imperialistischen Ländern den völligen Verzicht auf die Reform des Rechts bzw. die verbale Aufrechterhaltung von rechtlichen Nachteilen der Frau nach dem Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgrundsatzes nur im Familienrecht und nicht auch auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gibt.

Eine weitere Variante besteht darin, daß die Gleichberechtigung entsprechend der Verfassung auch im Familienrecht zunächst weitgehend angewendet wird, daß aber durch die Gewährung besonderer familienrechtlicher Rechte und die Auferlegung besonderer Pflichten für die Frau im Ergebnis eine sehr ähnliche Lage für die Frau entsteht, wie sie in den Ländern gegeben ist, in denen das Familienrecht von vornherein aus der Gleichberechtigungsproblematik ganz oder zum Teil ausgeklammert worden war.¹¹ Das ist

richtig hält, seinen Aufenthalt zu nehmen.“ Art. 145: „Der Ehemann ist verpflichtet, die Frau zu schützen, sie bei sich aufzunehmen und im Verhältnis zu seinem Vermögen alles zu beschaffen, was für die Bedürfnisse des Lebens nötig ist..“ In den Art. 315 ff. wird die Ausübung der elterlichen Gewalt dem Vater übertragen. (Aus A. Bergmann, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Bd. II, Frankfurt/M.).

7 Selbstverständlich gab es darüber heftige Auseinandersetzungen in der italienischen Öffentlichkeit. Gegenwärtig liegt ein Entwurf des Justizministeriums zur Reform des Familienrechts gerade auch im Hinblick auf den Gleichberechtigungsgrundsatz vor. Er ist deshalb der heftigsten Kritik ausgesetzt, weil er einerseits nicht an der völlig untergeordneten Stellung der Frau in der Familie festhält, andererseits aber auch weit entfernt ist, die Gleichberechtigung konsequent ins Gesetz aufzunehmen. Vgl. dazu E. Jayme, „Zur geplanten Neuordnung des italienischen Familienrechts“, Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 1967, S. 537 ff., und derselbe, „Zum Stand der Familienrechtsreform in Italien“, Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 1968, S. 229 ff.

8 Nach Art. 7 des österreichischen Verfassungsgesetzes aus dem Jahre 1945 sind Vorrechte aufgrund des Geschlechts ausdrücklich ausgeschlossen. Für Frankreich wurde schon in der Verfassung vom 13. 10. 1946 erklärt, daß das Gesetz der Frau auf allen Gebieten die gleichen Rechte garantiere wie dem Mann. Vgl. W. Brorsen, a. a. O.

9 § 91 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches vom 1. 6. 1811 ist in Österreich nach wie vor in Kraft. Er lautet: „Der Mann ist das Haupt der Familie. In dieser Eigenschaft steht ihm vorzüglich zu, das Hauswesen zu leiten.“ § 92 lautet: „Die Gattin erhält den Namen des Mannes. Sie ist verbunden, dem Mann in seinen Wohnsitz zu folgen, ihm in der Haushaltsführung und Erwerbung nach Kräften beizustehen und, soweit es die häusliche Ordnung erfordert, die von ihm getroffenen Maßregeln sowohl selbst zu befolgen als befolgen zu machen.“ § 175 lautet: „Wenn eine minderjährige Tochter sich verhehlicht, so kommt sie zwar in Rücksicht ihrer Person unter die Gewalt des Mannes (§§ 91, 92), in Hinsicht auf das Vermögen aber hat der Vater bis zu ihrer Großjährigkeit die Rechte und Pflichten eines Kurators.“ Art. 213 ff. des Code civil erklärt für Frankreich den Mann nach wie vor zum Haupt der Familie und rüstet ihn mit den entsprechenden Rechten aus. Vgl. A. Bergmann, a. a. O.

10 Das gilt z. B. für Großbritannien und einige Staaten der USA. Beim alten Rechtszustand blieb es vornehmlich auf dem Gebiet des Namensrechts, der Wohnsitzregelung und der Ausübung der elterlichen Gewalt gegenüber den Kindern.

¹¹ § 1356 BGB in der Fassung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18.6.57 lautet: „Die